

ÜBERSETZUNGKÖNIGREICH BELGIEN
-----GUTACHTEN 38.752/VR/V
DER GESETZGEBUNGSABTEILUNG
DES STAATSRATES

Der STAATSRAT, Gesetzgebungsabteilung, vereinigte Ferienkammern, der am 8. Juli 2005 von dem Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus der Deutschsprachigen Gemeinschaft, gebeten wurde, innerhalb einer Frist von dreißig Tagen, verlängert auf fünfundvierzig Tage ^(*), ein Gutachten über einen Vorentwurf eines Dekrets "zur Zustimmung zum Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Französischen Gemeinschaftskommission bezüglich der Umsetzung des Gesetzes vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption erstellt in Brüssel am 6. Juni 2005", abzugeben, hat am 19. Juli 2005 folgendes Gutachten abgegeben:

(*) Diese Verlängerung ergibt sich aus Artikel 84, § 1, Absatz 1, Nr. 1, der koordinierten Gesetze über den Staatsrat, dem zufolge die Frist von dreißig Tagen auf fünfundvierzig Tage verlängert wird, wenn das Gutachten unter Anwendung von Artikel 85*bis* von den vereinigten Kammern abgegeben wird.

1. Unter Anwendung von Artikel 84, § 3, Absatz 1, der koordinierten Gesetze über den Staatsrat hat sich die Gesetzgebungsabteilung darauf beschränkt, die Zuständigkeit des Verfassers des Rechtsaktes, die Rechtsgrundlage ⁽¹⁾ und die Erfüllung der Formalitäten zu untersuchen.

*
* *

TRAGWEITE UND HINTERGRUND DES ENTWURFS

2.1. Ziel des zur Begutachtung vorgelegten Dekretvorentwurfs ist die Zustimmung - durch das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft - zum Zusammenarbeitsabkommen vom 6. Juni 2005 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Französischen Gemeinschaftskommission bezüglich der Umsetzung des Gesetzes vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption.

Der Inhalt des Zusammenarbeitsabkommens kann wie folgt zusammenfaßt werden.

Kapitel I des Zusammenarbeitsabkommens bestimmt, daß die Gemeinschaften eine Bescheinigung aushändigen, die bestätigt, daß die Vorbereitung, wie sie im Zivilgesetzbuch vorgeschrieben wird, erfolgt ist und daß die Gemeinschaften die vorherige und angemessene Information an die leiblichen Eltern erteilen müssen.

In Kapitel II wird vorgesehen, daß die Sozialuntersuchung im Rahmen des Adoptionsverfahrens, wie sie im Gerichtsgesetzbuch und im Zivilgesetzbuch vorgeschrieben wird, von dem Dienst der Gemeinschaften durchgeführt werden muß. Dieses Kapitel bestimmt den Inhalt dieser Untersuchung und deren Finanzierung.

⁽¹⁾ Da es sich um einen Dekretvorentwurf handelt, wird unter Rechtsgrundlage die Übereinstimmung mit den höheren Rechtsnormen verstanden.

Kapitel III enthält Bestimmungen bezüglich der Aufbewahrung der Adoptionsakten sowie der Mitteilung und Übermittlung von Dokumenten, Berichten und Entscheidungen.

In Kapitel IV wird die Einrichtung eines Konzertierungs- und Begleitausschusses vorgesehen und werden die Aufgaben und die Zusammensetzung dieses Ausschusses bestimmt.

Kapitel V bestimmt, daß die Gemeinschaften der föderalen Zentralbehörde die Liste der zugelassenen Adoptionsdienste zustellen müssen, damit die föderale Zentralbehörde diese Liste dem ständigen Präsidium der Haager Konferenz mitteilen kann.

2.2. Mit dem vorliegenden Zusammenarbeitsabkommen muß das Gesetz vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption wirksam werden können ⁽²⁾. Dieses Gesetz enthält nämlich eine neue Adoptionsregelung, die das in Den Haag am 29. Mai 1993 unterzeichnete Übereinkommen über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption sowie die Zuständigkeiten der Gemeinschaften in dieser Angelegenheit berücksichtigt ⁽³⁾.

⁽²⁾ Artikel 13 des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens bestimmt, daß dieses Abkommen am selben Tag wie das Gesetz vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption in Kraft tritt. Am 7. Juni 2005 hat die Ministerin der Justiz dem Staatsrat einen Entwurf eines königlichen Erlasses "tot vaststelling van de maatregelen houdende uitvoering van de wet van 24 april 2003 tot hervorming van de adoptie en van de wet van 13 maart 2003 tot wijziging van het Gerechtelijk Wetboek wat de adoptie betreft" (38.553/2) zur Begutachtung vorgelegt. Gemäß Artikel 6 dieses entworfenen königlichen Erlasses werden die o.a. Gesetze vom 13. März 2003 und 24. April 2003 am 1. September 2005 in Kraft treten.

⁽³⁾ Siehe unter anderem Artikel 13 des o.a. Gesetzes vom 24. April 2003, der vorsieht, daß in Anwendung von Artikel 92bis, § 1, des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, ein Zusammenarbeitsabkommen mit den Gemeinschaften über die gemeinsame Ausübung eigener Befugnisse abgeschlossen werden kann, die sich unter anderem auf die Übermittlung und den Austausch von Informationen, Daten, Dokumenten, Berichten und Entscheidungen im Hinblick auf das Zustandekommen einer internationalen Adoption zum Wohl des Kindes und unter Wahrung seiner völkerrechtlich anerkannten Grundrechte beziehen.

Dem Gesetz zufolge ist das Jugendgericht im Prinzip der zuständige Richter für Adoption. Es verkündet die Adoption mittels eines Adoptionsurteils. Der Richter muß zuvor die Fähigkeit und die Eignung der Adoptierenden⁽⁴⁾, sowie die Adoptierbarkeit des Kindes beurteilen. Was die internationale Adoption eines ausländischen Kindes betrifft, geschieht diese Beurteilung der Eignung nach einem Sonderverfahren, das vom eigentlichen Adoptionsverfahren getrennt ist⁽⁵⁾. Vor der Beurteilung der Eignung der Adoptierenden wird ein von den Gemeinschaften organisiertes Vorbereitungsprogramm vorgeschrieben. Diese Vorbereitung soll den Adoptionskandidaten Auskünfte über die verschiedenen Etappen des Adoptionsverfahrens, die Rechtsfolgen und anderen Folgen der Adoption, sowie über die Möglichkeit und den Nutzen einer postadoptiven Betreuung erteilen⁽⁶⁾. Die Adoptionskandidaten haben die Möglichkeit, sind aber nicht verpflichtet, die Vermittlung der von den Gemeinschaften zugelassenen Adoptionsdienste in Anspruch zu nehmen.

Entsprechend dem o.a. Gesetz vom 24. April 2003 hat die Französische Gemeinschaft bereits eine eigene Dekretsregelung bezüglich der Adoption ausgearbeitet⁽⁷⁾. Am 7. Juli 2005 hat das Flämische Parlament den Text des Dekretentwurfs "tot regeling van de interlandelijke adoptie van kinderen" angenommen⁽⁸⁾. Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat dem Staatsrat einen Vorentwurf eines Dekrets zur Adoption zur Begutachtung vorgelegt, über den die Gesetzgebungsabteilung am 31. Mai 2005 das Gutachten 38.387/3 abgegeben hat. Das Vereinigte Kollegium der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission hat bis jetzt keine diesbezügliche Initiative genommen⁽⁹⁾.

⁽⁴⁾ Artikel 346-1 und Artikel 357 des Zivilgesetzbuchs.

⁽⁵⁾ Artikel 361-1 des Zivilgesetzbuchs und Artikel 1231-31 des Gerichtsgesetzbuchs.

⁽⁶⁾ Siehe die Artikel 346-2 des Zivilgesetzbuchs (Inlandsadoption) und 361-1 des Zivilgesetzbuchs (internationale Adoption eines ausländischen Kindes).

⁽⁷⁾ Dekret der Französischen Gemeinschaft vom 31. März 2004 "relatif à l'adoption".

⁽⁸⁾ *Parl. Dok.*, Fl. Parl., 2004-05, Nr. 371/4.

⁽⁹⁾ In der Begründung des Vorentwurfs einer Ordonnanz zur Zustimmung zu dem vorliegenden Zusammenarbeitsabkommen, über den der Staatsrat heute das Gutachten 38.706/VR/V abgibt, wird auch keine diesbezügliche Initiative angekündigt.

UNTERSUCHUNG DES ZUSAMMENARBEITSABKOMMENS

Einhaltung der Zuständigkeitsregeln

3. Wie der Staatsrat bereits früher erklärt hat, ist die Adoption eine Angelegenheit, die für gewisse Aspekte föderal ist und für andere zum Zuständigkeitsbereich der Gemeinschaften gehört ⁽¹⁰⁾.

Der Staatsrat geht davon aus, daß die föderale Behörde zuständig ist, die zivilrechtlichen Regeln hinsichtlich der Rechtsstellung der Minderjährigen und der Familie festzulegen, wie sie in dem Zivilgesetzbuch und in seinen ergänzenden Gesetzen (siehe den ausdrücklichen Vorbehalt in Artikel 5, § 1, II, Nr. 6., a, des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen) bestimmt sind. Diese Zuständigkeit umfaßt unter anderem auch den Bereich der Adoption. Die föderale Behörde ist somit zuständig für die Festlegung der Adoptionsvoraussetzungen und die Formen, die Folgen und den Widerruf der Adoption. Die föderale Behörde kann infolgedessen die Eignung der Adoptionskandidaten zur Adoption als eine Bedingung für die Adoption betrachten. In diesem Fall steht es dieser Behörde auch zu zu bestimmen, worin diese Eignung genau besteht und wie sie nachgewiesen werden muß.

⁽¹⁰⁾ Siehe Staatsrat, Gesetzgebungsabteilung, Gutachten 25.913/8 vom 21. Januar 1997 über einen Entwurf, der das Dekret vom 15. Juli 1997 "inzake interlandelijke adoptie" geworden ist, *Parl. Dok.*, Fl. Parl., 1996-97, Nr. 677/1, (27), 33-35; Staatsrat, Gesetzgebungsabteilung, Gutachten 28.953/4 vom 26. Mai 1999 über einen Entwurf, der der Erlaß der Französischen Gemeinschaftsregierung vom 11. Juni 1999 "relatif à l'agrément des organismes d'adoption" geworden ist; Staatsrat, Gesetzgebungsabteilung, Gutachten 30.036/2 vom 29. Mai 2000 über einen Entwurf, der das Gesetz vom 24. April 2003 zur Reform der Adoption geworden ist, *Parl. Dok.*, Kammer, 2000-01, Nr. 50-1366-1367/1, (146), 150-153; Staatsrat, Gesetzgebungsabteilung, Gutachten 33.294/3 vom 12. November 2002 über einen Vorschlag, der das Dekret vom 30. April 2004 "tot regeling van de binnenlandse en interlandelijke adoptie van kinderen" geworden ist, *Parl. Dok.*, Fl. Parl., 2001-02, Nr. 956/4, S. 7-8, Nr. 3.1; Staatsrat, Gesetzgebungsabteilung, Gutachten 36.407/4 vom 9. Februar 2004 über einen Entwurf, der das Dekret der Französischen Gemeinschaft vom 31. März 2004 "relatif à l'adoption" geworden ist, *Parl. Dok.*, Parl. Fr. Gem., 2003-04, Nr. 509/1, (38), 38; Staatsrat, Gesetzgebungsabteilung, Gutachten 38.387/3 vom 31. Mai 2005 über einen Vorentwurf eines Dekrets zur Adoption und Staatsrat, Gesetzgebungsabteilung, Gutachten 38.458/3 vom 26. Mai 2005 über einen Vorentwurf eines Dekrets "tot regeling van de interlandelijke adoptie van kinderen", *Parl. Dok.*, Fl. Parl., 2004-05, Nr. 371/1, (47), 52-55.

Aus den Bestimmungen des Sondergesetzes vom 8. August 1980 hinsichtlich der Unterstützung von Personen, insbesondere hinsichtlich der Familienpolitik und des Jugendschutzes (Artikel 5, § 1, II, Nrn. 1 und 6), kann abgeleitet werden, daß die Gemeinschaften dagegen zuständig sind, Regeln hinsichtlich der Hilfe, der Begleitung und der Unterstützung festzulegen, die den Adoptionskandidaten und Adoptierenden und den Kandidat-Adoptierten und Adoptierten gewährt werden kann. Mit anderen Worten sind die Gemeinschaften hinsichtlich der Adoption für drei Angelegenheiten zuständig: die Vorbereitung, die Vermittlung und die Nachbetreuung.

4. Wie oben ausgeführt worden ist, beruht die Zuständigkeit der Gemeinschaften im Bereich der Adoption sowohl auf der Zuständigkeit bezüglich der Familienpolitik (Artikel 5, § 1, II, Nr. 1, des Sondergesetzes vom 8. August 1980) als auch auf der Zuständigkeit bezüglich des Jugendschutzes (Artikel 5, § 1, II, Nr. 6, des Sondergesetzes vom 8. August 1980) ⁽¹¹⁾.

Da das Zusammenarbeitsabkommen vom 6. Juni 2005 von der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission mitunterzeichnet worden ist, stellt sich die Frage, ob diese Behörden zuständig sind, um ein Zusammenarbeitsabkommen bezüglich der Adoption abzuschließen.

In seinem Gutachten 28.953/4 vom 26. Mai 1999 über einen Entwurf, der zum Erlaß der Regierung der Französischen Gemeinschaft vom 11. Juni 1999 "relatif à l'agrément des organismes d'adoption" geworden ist, hat der Staatsrat insbesondere folgendes bemerkt:

"1. L'arrêté en projet soulève deux questions de compétence. La première est de savoir si le Gouvernement de la Communauté française est compétent pour prendre l'arrêté ou si, depuis les décrets dits de transfert, ce sont le Gouvernement de la Région wallonne et le Collège de la Commission communautaire française qui exercent cette compétence, chacun pour ce qui le concerne. Il semble bien que la compétence de la Communauté française en la matière n'ait pas été affectée par les décrets précités et continue à être exercée par elle. On s'en explique.

L'agrément des organismes d'adoption est une matière personnalisable, au titre de l'aide aux personnes. Elle relève, plus précisément, de la protection de la jeunesse qui, sous réserve des exceptions limitativement énumérées à l'article 5,

⁽¹¹⁾ Schiedshof, 10. Januar 2001, Nr. 2/2001, Erw. B.3.1.

§ 1er, II, 6°, de la loi spéciale du 8 août 1980, ressortit à la compétence de la Communauté française. C'est ce fondement que la section de législation invoque dans l'avis L. 18.116/2 donné le 18 juin 1987 sur un projet d'amendement au projet de décret "relatif à l'aide à la jeunesse" ⁽¹²⁾.

La matière envisagée entre également dans la rubrique "politique familiale" visée à l'article 5, § 1er, II, 1°, de la loi précitée ⁽¹³⁾.

Les travaux préparatoires du décret II de transfert ne laissent aucunement apparaître que la volonté aurait été de transférer de la Communauté française à la Région wallonne et à la Commission communautaire française, dans quelque mesure que ce soit, les compétences que celle-ci exerçait en matière d'adoption. Les compétences transférées au titre de la politique familiale sont, à cet égard, totalement étrangères à l'adoption ⁽¹⁴⁾. La pratique est dans le même sens.

Les attributions de la Communauté française en cette matière continuent à être administrées par ses services."

Aus diesem Gutachten ergibt sich, daß aufgrund von Artikel 3, Nr. 7, der Dekrete der Französischen Gemeinschaft vom 19. Juli 1993, der Wallonischen Region vom 22. Juli 1993 und der Französischen Gemeinschaftskommission vom 22. Juli 1993 "attribuant l'exercice de certaines compétences de la Communauté française à la Région wallonne et à la Commission communautaire française" angenommen werden muß, daß die Übertragung der Zuständigkeit bezüglich der Unterstützung von Personen, einschließlich der Zuständigkeit im Bereich der Familienpolitik, keine Übertragung der Zuständigkeit bezüglich der Adoption mit sich gebracht hat. Die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission sind deshalb nicht zuständig, um in dieser Angelegenheit aufzutreten.

⁽¹²⁾ C.C.F., session 1986-1987, n° 93/2, p. 4. L'amendement tendait à compléter l'oeuvre du législateur fédéral, notamment en organisant un recensement des enfants abandonnés. Selon l'avis "les mesures tendant à favoriser l'adoption d'enfants abandonnés relèvent bien, d'une façon générale, de la protection de la jeunesse, qui est de la compétence des Communautés en application de l'article 5, 6°, de la loi spéciale du 8 août 1980".

⁽¹³⁾ Dans un avis L. 25.913/8, donné le 21 janvier 1997 sur un avant-projet, devenu le décret de la Communauté flamande du 15 juillet 1997 relatif à l'adoption internationale, la section de législation invoque à la fois l'article 5, § 1er, II, 1° et 6°, de la loi spéciale comme fondements de l'avant-projet.

⁽¹⁴⁾ C.R.W., session 1992-1993, n° 168/1, p. 6.

Es ist also zu folgern, daß die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission keine Parteien des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens sein können.

5. Kapitel II des Zusammenarbeitsabkommens bestimmt, daß die Sozialuntersuchung im Rahmen des Adoptionsverfahrens, wie sie im Gerichtsgesetzbuch und im Zivilgesetzbuch vorgeschrieben wird, von den Diensten der Gemeinschaften durchgeführt werden muß. Das Zusammenarbeitsabkommen bestimmt den Inhalt und die Finanzierung dieser Untersuchung.

5.1. Das Auferlegen einer Sozialuntersuchung im Hinblick auf das Feststellen der Eignung zur Adoption oder hinsichtlich der Adoptierbarkeit ist eine föderale Zuständigkeit. Nur die föderale Behörde kann die Adoption von der Eignung der Adoptionskandidaten, um zu adoptieren, abhängig machen. Nur der föderalen Behörde steht zu bestimmen, worin diese Eignung genau besteht und wie sie nachgewiesen werden muß. Das Auferlegen einer Sozialuntersuchung, das Festlegen des Inhalts und von deren Folgen gehören also zum Kompetenzbereich der föderalen Behörde.

Mit einem Zusammenarbeitsabkommen können die föderale Behörde und die Gemeinschaften jedoch vereinbaren, daß die föderale Behörde die von einem Gemeinschaftsdienst durchgeführte Sozialuntersuchung verwerten darf, insofern dieser Dienst sich auf eine eigene Zuständigkeit der Gemeinschaft stützen kann, um diese Sozialuntersuchung durchzuführen. Das ist hier der Fall: die Gemeinschaften können im Rahmen ihrer Zuständigkeit hinsichtlich der Hilfe, der Begleitung und der Unterstützung eine Sozialuntersuchung durchführen lassen ⁽¹⁵⁾.

In diesem Punkt ruft das Zusammenarbeitsabkommen keine Bemerkung hervor.

5.2. Artikel 6 des Zusammenarbeitsabkommens zufolge trägt "der Föderalstaat (...)" die Kosten der Sozialuntersuchung, durch die Finanzierung der mit der Durchführung

⁽¹⁵⁾ Siehe die o.a. Gutachten 38.387/3 und 38.458/3.

dieser Untersuchung beauftragten Sozialarbeiter, auf der Basis von einer jährlichen Zuteilung von 100 Akten pro Sozialarbeiter".

Da die Verpflichtung, eine Sozialuntersuchung durchzuführen, bei der föderalen Behörde liegt, muß letztgenannte auch für die Finanzierung dieser Untersuchung sorgen.

Diese Finanzierung stimmt mit den zu Lasten der Gemeinschaften stehenden tatsächlichen Kosten der Sozialuntersuchungen nicht notwendig überein. Da die Durchführung einer Sozialuntersuchung sowohl in die föderale Zuständigkeit als in die Gemeinschaftszuständigkeit fällt, kann eine solche teilweise Finanzierung akzeptiert werden.

Auch in diesem Punkt ruft das Zusammenarbeitsabkommen keine Bemerkung hervor.

Das Zusammenarbeitsabkommen und die Gemeinsame Gemeinschaftskommission

6.1. Das Zusammenarbeitsabkommen ist vom Vereinigten Kollegium der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission mitunterzeichnet worden, und der Vorentwurf einer Ordonnanz zur Zustimmung zu dem Zusammenarbeitsabkommen ist dem Staatsrat zur Begutachtung vorgelegt worden.

Die Gemeinsame Gemeinschaftskommission ist im Bereich der Adoption zuständig, insbesondere was die zweisprachigen Adoptionseinrichtungen im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt betrifft und um den Adoptionskandidaten, die im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt wohnhaft sind, Verpflichtungen unmittelbar aufzuerlegen ⁽¹⁶⁾.

⁽¹⁶⁾ Siehe Staatsrat, Gesetzgebungsabteilung, Gutachten 36.673/2 vom 15. März 2004 über einen Entwurf, der zur Ordonnanz vom 13. Mai 2004 zur Zustimmung des in Den Haag am 29. Mai 1993 unterzeichneten Übereinkommens über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption geworden ist, *Parl. Dok.*, Vereinigte Versammlung der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, 2003-04, Nr. B-138/1, 7-8.

Im Zusammenarbeitsabkommen wird jedoch nirgends ausdrücklich bestimmt, daß die Gemeinsame Gemeinschaftskommission irgendeine Verpflichtung eingeht. Im Zusammenarbeitsabkommen ist nämlich ausschließlich von den Gemeinschaften die Rede ⁽¹⁷⁾.

Das Zusammenarbeitsabkommen müßte deshalb deutlich machen, ob die Verpflichtungen zu Lasten der Gemeinschaften auch der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission auferlegt werden.

6.2. Würden die im Zusammenarbeitsabkommen vorgesehenen Verpflichtungen auch für die Gemeinsame Gemeinschaftskommission gelten, so würde dies bedeuten, daß diese Kommission sich dazu verpflichtet, eine Regelung bezüglich unter anderem der Vorbereitung der Adoptierenden und der Sozialuntersuchung auszuarbeiten. In diesem Fall wird die Vereinigte Versammlung der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission eine Ordonnanz verabschieden müssen, die u.a. die Zulassung von Adoptionsdiensten regelt und auch eine zentrale Behörde einrichtet.

Diesbezüglich ist zu untersuchen, für welche Angelegenheiten die Gemeinsame Gemeinschaftskommission aufgrund des o.a. Gesetzes vom 24. April 2003 und des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens eine Regelung ausarbeiten muß. Dabei ist daran zu erinnern, daß die Gemeinsame Gemeinschaftskommission in einer Ordonnanz vom 13. Mai 2004 dem Übereinkommen über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption zugestimmt hat ⁽¹⁸⁾.

6.2.1. Für alle Adoptionen, auch für die sogenannten selbständigen Adoptionen ⁽¹⁹⁾, ist im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt ein Urteil über die Fähigkeit und die

⁽¹⁷⁾ Im o.a. Gesetz vom 24. April 2003 wird die Gemeinsame Gemeinschaftskommission auch nicht ausdrücklich erwähnt.

⁽¹⁸⁾ Ordonnanz vom 13. Mai 2004 "houdende instemming met het Verdrag inzake de bescherming van kinderen en samenwerking op het gebied van de interlandelijke adoptie, ondertekend te Den Haag op 29 mei 1993".

⁽¹⁹⁾ Eine selbständige Adoption setzt voraus, daß der Vermittlungsdienst einer Gemeinschaft nicht in Anspruch genommen wird, sondern daß der Adoptierende selber mit dem zu adoptierenden Kind Kontakt aufnimmt.

Eignung der Adoptierenden erforderlich. Demzufolge ist es für diese Adoptionen nötig, eine Vorbereitung und eine Sozialuntersuchung vorzunehmen.

Verpflichtungen bezüglich dieser Adoptionen, beispielsweise bezüglich der Weiterverfolgung der Adoptionen, können für die Einwohner des zweisprachigen Gebiets Brüssel-Hauptstadt nur durch die Gemeinsame Gemeinschaftskommission auferlegt werden.

Jedoch ist die Gemeinsame Gemeinschaftskommission nicht verpflichtet, die Sozialuntersuchungen im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt selber vorzunehmen. Die Adoptionskandidaten können nämlich die Dienste der Französischen Gemeinschaft und der Flämischen Gemeinschaft in Anspruch nehmen. Sie könnten sich auch an die Dienste der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission wenden, wenn letztgenannte solche Dienste zugelassen hat. Sie ist dazu aber nicht verpflichtet.

6.2.2. Was das Auftreten der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission betrifft, erheben sich jedoch Probleme hinsichtlich der Sozialuntersuchung über die Adoptierbarkeit eines Kindes (Artikel 1231-34 und 1231-35 des Gerichtsgesetzbuches) und hinsichtlich der Sozialuntersuchung gegenüber einem Vater oder einer Mutter, der bzw. die weigert, der Adoption seines bzw. ihres Kindes zuzustimmen (Artikel 348-11, Absatz 2, des Zivilgesetzbuches).

6.2.2.1. Die Artikel 362-1 bis 362-4 des Zivilgesetzbuches regeln die internationale Adoption eines Kindes, das seinen gewöhnlichen Wohnort in Belgien hat. Im Rahmen einer solchen Adoption muß das Jugendgericht eine Sozialuntersuchung anordnen, mit der die Adoptierbarkeit des Kindes beurteilt werden muß (Artikel 1231-35 des Gerichtsgesetzbuches). Artikel 3 des Zusammenarbeitsabkommens zufolge wird diese Sozialuntersuchung auch von dem durch die Gemeinschaften bezeichneten Dienst durchgeführt. Für das Kind, das seinen Wohnort im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt hat, kann in Ermangelung eines Dienstes der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission ein von der Flämischen Gemeinschaft oder der Französischen Gemeinschaft zugelassener Dienst bezeichnet werden.

Im Gesetz werden jedoch keine Kriterien aufgenommen, aufgrund deren das Jugendgericht die Dienste der einen oder der anderen Gemeinschaft bezeichnen muß. Das Zusammenarbeitsabkommen enthält auch keine solche Kriterien.

6.2.2.2. Dasselbe Problem stellt sich bezüglich der in Artikel 348-11, Absatz 2, des Zivilgesetzbuches erwähnten Sozialuntersuchung. Diese Untersuchung wird gegen den Wunsch des Betroffenen angeordnet. Es handelt sich um eine Sozialuntersuchung, die in bezug auf den Vater oder die Mutter des Kindes angeordnet werden kann, der bzw. die weigert, der Adoption zuzustimmen. Gemäß Artikel 3 des Zusammenarbeitsabkommens wird diese Untersuchung auch von den durch die Gemeinschaften bezeichneten Diensten durchgeführt. Für einen Elternteil, der seinen Wohnort in dem zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt hat, wird nicht bestimmt, welcher Dienst für diese Untersuchung zuständig sein kann oder muß.

6.2.2.3. Diesbezüglich kann auf das Gutachten 37.475/VR/V verwiesen werden, das der Staatsrat am 27. Juli 2004 über einen Vorentwurf einer Ordonnanz "houdende instemming met het samenwerkingsakkoord tussen de Franse Gemeenschap, de Vlaamse Gemeenschap en de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie inzake hulpverlening aan jongeren" abgegeben hat:

"2. In advies 35.921/3, over het ontwerp dat de ordonnantie van 29 april 2004 is geworden, heeft de Raad van State inzonderheid het volgende opgemerkt:

"5. Bijzonder aan het ontwerp is dat het een autonome regeling bevat, maar dat de uitvoering van de maatregelen die door de jeugdrechtbank kunnen worden opgelegd, slechts zal kunnen geschieden door "diensten die door een bevoegde autoriteit zijn erkend" (artikel 13, tweede lid). Aangezien artikel 13, eerste lid, voor de uitvoering van de bedoelde maatregelen verwijst naar een samenwerkingsakkoord gesloten tussen de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, de Vlaamse Gemeenschap en de Franse Gemeenschap, moeten onder deze diensten dus niet enkel diensten erkend door de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, maar ook diensten erkend door de Vlaamse en de Franse Gemeenschap worden begrepen. In de memorie van toelichting wordt trouwens uitdrukkelijk gesproken van het opdragen van taken aan instellingen georganiseerd of erkend door de gemeenschappen (commentaar bij artikel 13).

In het ontwerp van samenwerkingsakkoord dat bij het dossier gevoegd is, wordt in artikel 1 concreet bepaald welke voorzieningen en personeelsleden door de gemeenschappen aan de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie ter beschikking worden gesteld.

5.1. In het verleden heeft de Raad van State gesteld dat de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie geen beroep kan doen op de diensten van de Vlaamse of de Franse Gemeenschap of van instellingen die afhangen van of erkend zijn door die gemeenschappen, zonder dat vooraf een samenwerkingsakkoord met de gemeenschappen gesloten is ⁽²⁰⁾.

De Raad van State stelt vast dat het thans uitdrukkelijk de bedoeling is dat zulk samenwerkingsakkoord inderdaad gesloten zou worden, en dat de inwerkingtreding van de ontworpen ordonnantie zal bepaald worden, rekening houdend met dat samenwerkingsakkoord (zie artikel 17 van het ontwerp en de toelichting bij dat artikel). Er hoeft dan ook niet verder op deze kwestie te worden ingegaan.

5.2. In zijn advies 25.058/8 van 7 mei 1996 heeft de Raad van State opgemerkt dat het beroep op diensten of instellingen die afhangen van de gemeenschappen, "problemen (doet) rijzen in verband met de criteria aan de hand waarvan de diensten of instellingen van de ene of de andere Gemeenschap zullen worden aangewezen en in verband met de door die diensten en instellingen toe te passen regelen" ⁽²¹⁾.

In dit verband blijkt het ontwerp geen algemene criteria vast te stellen. Het bepaalt m.a.w. niet op grond van welke criteria de jeugdrechtbank instellingen van de ene of de andere gemeenschap, of eventueel van de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, voor de uitvoering van de door haar bevolen maatregelen zal aanwijzen. Wel bepaalt artikel 12, § 3, van het ontwerp dat wanneer de jeugdrechtbank een maatregel bij hoogdringendheid heeft genomen, getracht moet worden een vrijwillige hulpverlening te organiseren, en dat hiertoe hetzij de "Conseiller de l'Aide à la Jeunesse de Bruxelles", hetzij het "Comité voor Bijzondere Jeugdzorg te Brussel" wordt verwittigd; welke van die twee instanties wordt verwittigd, wordt bepaald door "de taalkeuze van de jongere".

Ervan uitgaande dat de door de jeugdrechtbank opgelegde maatregelen dwingende maatregelen zijn, kan het moeilijk zonder meer aan de jongere zelf worden overgelaten om te kiezen welke dienst de maatregel zal uitvoeren. De toewijzing van een jongere aan een bepaalde dienst of instelling dient integendeel in beginsel door de overheid te gebeuren. Omwille van de rechtszekerheid is het bovendien wenselijk dat de criteria voor de toewijzing aan een dienst of een instelling van de ene of de andere gemeenschap of van de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie in de ontworpen ordonnantie bepaald zouden worden ⁽²²⁾.

⁽²⁰⁾ RvS, 7 juni 1993, reeds genoemd advies 22.469/9, blz. 3; RvS, 7 mei 1996, reeds genoemd advies 25.058/8.

⁽²¹⁾ RvS, 7 mei 1996, reeds genoemd advies 25.058/8, blz. 4.

⁽²²⁾ De criteria zouden ook in het samenwerkingsakkoord overeengekomen kunnen worden. In dat geval zouden de gemeenschappen mede kunnen beslissen over een aangelegenheid die op de werking van de onder hen ressorterende diensten en instellingen een invloed zal hebben.

Wat dit laatste betreft, kan de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie geen regeling uitwerken waarbij criteria worden bepaald op grond waarvan een jongere in het tweetalige gebied Brussel-Hoofdstad wordt geacht te behoren tot de ene of de andere gemeenschap ⁽²³⁾.

Het verdient dan ook aanbeveling om te bepalen dat, om een minderjarige aan een dienst of een instelling van de ene of de andere gemeenschap, of van de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, toe te vertrouwen, in beginsel toepassing gemaakt moet worden van een objectief criterium. Zolang de keuze enkel bestaat tussen diensten en instellingen van de Vlaamse en de Franse Gemeenschap, zou dat criterium bijvoorbeeld kunnen bestaan in de taal van de voor de jeugdrechtbank gevoerde rechtspleging. De toepassing van zulk criterium zou niet tot gevolg hebben dat de jongere geacht zou worden zelf te behoren tot de ene of de andere gemeenschap, of dat de jeugdrechtbank hem doet afhangen van de Vlaamse of de Franse Gemeenschap: de jongere blijft immers vallen onder de bevoegdheid van de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, waar de maatregel ook moge worden uitgevoerd.

Naast zulk hoofdcriterium zou ook bepaald kunnen worden dat, als de toepassing van dat criterium zou leiden tot een resultaat dat een behoorlijke uitvoering van de bevolen maatregel in de weg staat, waarbij met name gedacht kan worden aan de hypothese waarin de jongere de taal van de rechtspleging niet begrijpt, de jeugdrechtbank een dienst of een instelling ressorterend onder een andere overheid kan aanwijzen ⁽²⁴⁾.

Met dit subsidiair criterium wordt weliswaar rekening gehouden met de taalkennis van de jongere, maar zulks gebeurt ook hier niet om hem aan te merken als behorend tot de ene of de andere gemeenschap, noch om hem te doen afhangen van de ene of de andere gemeenschap.

Het ontwerp zou op dit punt aangevuld moeten worden. Artikel 12, § 3, zou bovendien gewijzigd moeten worden, met name door de verplichting voor de jongere om een "taalkeuze" te maken, weg te laten.

Indien het de bedoeling is dat de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie zelf instellingen erkent waaraan de uitvoering van de maatregelen kan worden toevertrouwd, zullen de criteria allicht anders bepaald moeten worden. De taal van de gerechtelijke procedure zal dan immers moeilijk een criterium kunnen vormen, omdat de bedoelde instellingen, die per definitie instellingen zijn die (wegens hun organisatie) niet uitsluitend tot de Vlaamse of de Franse Gemeenschap behoren ⁽²⁵⁾, hulp in de twee talen zullen kunnen bieden.

⁽²³⁾ RvS, 7 juni 1993, reeds genoemd advies 22.468/9, blz. 3.

⁽²⁴⁾ Artikel 10, § 3, in fine, van het ontwerp bevat een vergelijkbare regeling, i.v.m. de mogelijkheid om af te wijken van het beginsel dat de afstand tussen de plaats van uitvoering van de maatregel en de verblijfplaats van de familie van de jongere beperkt moet zijn.

⁽²⁵⁾ Artikel 128, § 2, van de Grondwet (a contrario). Zie RvS, 7 juni 1993, reeds genoemd advies 22.468/9, blz. 2, en reeds genoemd advies 22.469/9, blz. 2.

Die aanbeveling in het advies om in de ordonnantie criteria vast te stellen op basis waarvan een jongere wordt verwezen naar de dienst van de ene of de andere gemeenschap, is niet opgevolgd, net zo min als de subsidiair gedane aanbeveling om die criteria vast te leggen in het samenwerkingsakkoord ⁽²⁶⁾.

De moeilijkheid waarop is gewezen in de genoemde adviezen 25.058/8 en 35.921/3 blijft bestaan: er zijn geen objectieve en wettelijke criteria op basis waarvan een rechter kan bepalen in welke dienst of instelling de opgelegde hulp verstrekt moet worden.

In het samenwerkingsakkoord moeten de criteria worden vastgelegd aan de hand waarvan de jeugdrechtbank de instellingen van de ene of de andere gemeenschap aanwijst voor de tenuitvoerlegging van de maatregelen die ze oplegt ⁽²⁷⁾.

Die criteria mogen niet tot gevolg hebben dat de jongere geacht wordt tot de ene of de andere gemeenschap te behoren, of dat men hem laat ressorteren onder de ene of de andere gemeenschap. In het samenwerkingsakkoord mogen evenmin regels staan die de rechter zouden binden; zulke regels vallen onder de bijzondere jeugdbijstand zelf en behoren als zodanig tot de bevoegdheid van de Gemeenschappelijke gemeenschapsvergadering en moeten bij ordonnantie worden vastgelegd."

Aus dem Obenstehenden folgt, daß das Zusammenarbeitsabkommen deutlich machen muß, ob auch die Gemeinsame Gemeinschaftskommission und die durch sie bezeichneten Dienste für die Sozialuntersuchungen zuständig sein werden. An sich ist die Gemeinsame Gemeinschaftskommission dazu nicht verpflichtet, es sei denn, daß sie sich im Zusammenarbeitsabkommen ausdrücklich dazu verpflichtet. Wenn jedoch nicht beabsichtigt wird, die Gemeinsame Gemeinschaftskommission darin mit einzubeziehen, ist im Zusammenarbeitsabkommen zu bestimmen, aufgrund welcher Kriterien die Dienste der Gemeinschaften unter Beachtung der im o.a. Gutachten 37.475/VR/V erwähnten Prinzipien die Sozialuntersuchungen durchführen werden.

6.2.3. Das o.a. Übereinkommen über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption weist der Zentralbehörde

⁽²⁶⁾ Zie het genoemde advies 35.921/3, uitgebracht op 14 oktober 2003; in dat advies werd voorts in een voetnoot gesteld dat de gemeenschappen in dat geval mede zouden kunnen beslissen over een aangelegenheid die op de werking van de onder hen ressorterende diensten en instellingen een invloed zal hebben.

⁽²⁷⁾ Zo wordt in het samenwerkingsakkoord ook bepaald volgens welk criterium iedere gemeenschap bereid is de betrokken jongere op te vangen in de instellingen die daaronder ressorteren.

eine wichtige Rolle zu. Gemäß Artikel 6, Absatz 2, dieses Übereinkommens können die Föderalstaaten mehr als eine einzige Zentralbehörde bezeichnen. Da verschiedene vertragsrechtliche Aufgaben der Zentralbehörde in Belgien den Gemeinschaften zustehen, muß von jeder Gemeinschaft und von der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission eine Zentralbehörde bezeichnet werden.

Im o.a. Gesetz vom 24. April 2003 geht es übrigens im Rahmen der verschiedenen Adoptionsverfahren um die "zuständige gemeinschaftliche Zentralbehörde" ⁽²⁸⁾. Die Verwirklichung einer Adoption wird außerdem oft von dem Auftreten dieser Zentralbehörde abhängig gemacht. Auch im Zusammenarbeitsabkommen selber werden der Zentralbehörde der Gemeinschaften Aufgaben erteilt ⁽²⁹⁾.

Insofern es sich um die Beziehung zwischen der Zentralbehörde und den Adoptionseinrichtungen handelt, ist eine zugelassene Zentralbehörde der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission nicht erforderlich, vorausgesetzt, es gibt keine von der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission zugelassenen Einrichtungen.

Wenn die Zentralbehörde jedoch eine unmittelbare Aufgabe gegenüber individuellen Personen hat, kann es für die Personen, die ihren Wohnort im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt haben, ausschließlich um die Zentralbehörde der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission gehen. Es ist zum Beispiel der Fall in Artikel 9 des Zusammenarbeitsabkommens, der sich auf die internationale Adoption eines Kindes bezieht, das seinen gewöhnlichen Wohnort in Belgien hat. So bestimmen auch die Artikel 362-1 bis 362-4 des Zivilgesetzbuches, daß die Zentralbehörde der Gemeinschaft feststellen muß, daß die Adoption dem Wohl des Kindes dient. Für ein Kind, das seinen gewöhnlichen Wohnort im zweisprachigen Gebiet Brüssel-Hauptstadt hat, kann es nur die zuständige Zentralbehörde der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission sein.

6.2.4. Es ist deshalb zu folgern, daß im Zusammenarbeitsabkommen zu erwähnen ist, welche Verpflichtungen unter Beachtung der o.a. Prinzipien der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission obliegen. Nach der Tragweite dieser Verpflichtungen muß die Gemeinsame Gemeinschaftskommission eine angepaßte Regelung ausarbeiten.

⁽²⁸⁾ Siehe beispielsweise die Artikel 361-2 bis 361-4 des Zivilgesetzbuches.

⁽²⁹⁾ Siehe Artikel 5, 7 und 10 des Zusammenarbeitsabkommens.

UNTERSUCHUNG DES ENTWURFS EINES DEKRETS ZUR ZUSTIMMUNG ZU
DEM ZUSAMMENARBEITSABKOMMEN

7. Der Dekretentwurf ruft keine Bemerkung hervor.

Die vereinigten Ferienkammern setzten sich zusammen aus

den Herren	W. DEROOVER, Y. KREINS,	Erster Vorsitzender, Kammervorsitzender,
Frau den Herren	P. LIÉNARDY, J. BAERT, M. BAGUET, B. SEUTIN,	Staatsräte,
	J. VELAERS H. BOSLY,	Beisitzer der Gesetzgebungsabteilung,
den Damen	D. LANGBEEN, A.-M. GOOSSENS,	Hauptkanzler, Kanzler.

Die Berichte wurden von den Herren A. LEFEBVRE und W. PAS, Auditoren, vorgelegt.

DER KANZLER,

DER ERSTE VORSITZENDE,

D. LANGBEEN

W. DEROOVER

Das Gutachten wurde unter der Aufsicht von Herrn H. VERHULST, Erster Auditor-Abteilungsleiter, übersetzt.

DER HAUPTKANZLER,

D. LANGBEEN